

Rede von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, auf der Tagung des Europäischen Rates vom 23. und 24. Juni 2022 in Brüssel

Diese Monate sind nicht einfach. Wir sind mit einem aggressiven Russland konfrontiert, das die Spielregeln zerrissen hat. Jeder Staat – jeder Regierungschef – steht aufgrund der folgenden Probleme unter Druck wie nie zuvor:

- Die Inflation hat bisher nicht gekannte Ausmaße erreicht.
- Eine Energiekrise bedeutet eine Verknappung des Angebots und steigende Kosten.
- Nahrungsmittelknappheit und damit die reale Möglichkeit einer weltweiten Hungersnot;
- die sozialen Auswirkungen auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft – nachdem wir gerade erst zwei Jahre Pandemie hinter sich haben – werden von Tag zu Tag gravierender;
- fluktuierende Märkte schüren Unsicherheit;
- russische Desinformation begünstigt Populismus, Nationalismus und Isolationismus.

Dies ist ein Moment, in dem wir zusammenstehen müssen. Es ist ein Moment, den wir uns nicht ausgesucht haben, bei dem wir jedoch keine andere Wahl haben als uns ihm zu stellen.

Ich weiß, dass es keine einfachen Antworten oder einfachen Entscheidungen gibt; selbstverständlich aber gibt es falsche Entscheidungen, die wir vermeiden müssen.

Und es wäre eine historisch falsche Entscheidung gewesen, der Ukraine und Moldau heute nicht den Status als Bewerberländer zuzuerkennen oder Georgien keine klare Perspektive zu eröffnen.

Status als Bewerberland

Es ist eine Entscheidung, die gerechtfertigt ist, die notwendig ist, die möglich ist, und ich freue mich, dass hier an diesem Tisch Konsens über diese Entscheidung herrscht. Heute ist ein historischer Tag!

Die EU-Mitgliedschaft wird nicht über Nacht kommen – daraus haben wir nie ein Hehl gemacht –, aber der Status als Bewerberland wird einen Anstoß für eine beispiellose Reformagenda bedeuten, er wird Zugang zu Programmen bedeuten, und vor allem wird er bedeuten, dass die Hoffnung der Menschen, die in der Ukraine leiden, der Menschen, die sich in Moldau Sorgen machen, zu greifbaren Fortschritten werden wird. Und wir sollten es klar sagen: Dies ist nicht einfach ein symbolischer Akt; hierdurch wird die EU gestärkt werden, und die Ukraine und Moldau werden gestärkt werden. Es wird unseren Bürgern wie auch den Bürgern dieser beiden Länder zeigen, dass unsere Werte mehr zählen als bloße Rhetorik. Dass Hoffnung Ergebnisse bedeuten kann. Und andere Länder, die warten – jene im westlichen Balkan – müssen ebenfalls sehen, dass Hoffnung zu Ergebnissen führt. Es ist an der Zeit.

Kriegsmüdigkeit

Es wäre auch falsch, davon auszugehen, dass die öffentliche Meinung weiterhin hinter unseren Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine stehen wird, oder auch, das Ausmaß des russischen Einflusses zu unterschätzen. Wir müssen uns eingestehen, dass allmählich eine auf die Inflation zurückzuführende Müdigkeit einsetzt, dass wir in vielen Fällen feststellen, dass die Resilienz unserer Bürgerinnen und Bürger gegenüber den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen nachlässt, und wir müssen umso stärker dagegenhalten. Wir müssen dem Narrativ des Kreml entgegentreten, nicht die Ängste, die er verbreitet, verstärken.

Es ist nicht der Grüne Deal, der die Preise in die Höhe treibt oder dafür sorgt, dass die Inflation in einigen Fällen bei fast 20 % liegt. Es sind nicht unsere Sanktionen, die die Kaufkraft schwächen. Es liegt daran, dass der Kreml seinen Einfluss ausbauen will. Es liegt daran, dass er den Wunsch nach Vasallenstaaten hat. Es liegt daran, dass er Demokratie für ein unsicheres Konzept hält, das die Staaten schwächt. Wir wissen, dass das Gegenteil der Fall ist.

Klima und Energie

Es wäre eine falsche Entscheidung, bei unseren mittel- und langfristigen Klimazielen zurückzurudern. Wir müssen uns unbedingt von russischer Energie lösen, europäische Energieinseln beenden und unsere Energieunabhängigkeit sicherstellen – was ist strategische Autonomie ohne sie? Ebenso wenig können wir ein Versprechen zurücknehmen, das wir einer ganzen Generation gegeben haben. Es betrifft Sicherheit wie auch die Umwelt. Mein Appell ist daher, dafür zu sorgen, dass kurzfristige Sofortmaßnahmen nicht mittelfristig zur neuen Normalität werden.

Inflation und gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen

Es wäre falsch, die Sorgen angesichts steigender Kosten und der Inflation als vorübergehend abzutun oder davon auszugehen, dass es nicht schlimmer werden wird. In vielen Staaten haben wir den Höhepunkt noch nicht erreicht. Wir brauchen ein konsequentes, klares und gemeinsames Vorgehen, das deutlich macht, dass wir alle im selben Boot sitzen. Es gibt keine einzelstaatliche Lösung für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen, mit denen wir konfrontiert sind. Nichts sollte vom Tisch sein.

Sanktionen und Hilfe für die Ukraine

Gleichzeitig müssen wir die Bereitstellung von militärischer, humanitärer und finanzieller Hilfe für die Ukraine beschleunigen. Und wir müssen bei den Sanktionen vorankommen.

Sanktionen sind ein nützliches Instrument, wenn sie richtig umgesetzt werden, und hier müssen wir das nächste Paket schnüren und Schlupflöcher schließen und die Sanktionen ausweiten, wenn dies nötig ist. Und es *ist* nötig, weil Russland darauf setzt, dass wir als erste blinzeln. Sie wetten darauf, dass der Druck, den sie in unseren Gesellschaften entfachen, unsere Einheit brechen wird und sie in der Lage sein werden, in die Zukunft Eiserner Vorhänge und von Interessensphären zurückzukehren, von „wir“ gegen „sie“, von „Macht ist Recht“. Europa ist zu weit vorangekommen, um das jetzt zuzulassen, und auch auf Russland wächst der Druck.

Ernährungssicherheit

Wir müssen uns gegen die falsche und zynische russische Propaganda wehren, die die Schuld an der drohenden Nahrungsmittelkrise auf das Handeln der Ukraine oder die Sanktionen der EU schiebt. Die Schuld liegt ganz klar beim Aggressor.

Lassen Sie mich an dieser Stelle die Bemühungen der Kommission und der Mitgliedstaaten um die Initiative der Solidaritätskorridore anerkennen. Wir sollten sie ausbauen und logistische Engpässe beseitigen.

Migration

Wir blicken nach Osten, aber wir dürfen nicht unterschätzen, welche Auswirkungen dieser Krieg auch auf unsere südlichen Nachbarn haben wird. Wir müssen bereit sein zu helfen, und wir dürfen nicht unvorbereitet sein, wenn die Migrationsströme wieder zunehmen. Es bereitet mir Sorgen, dass wir bald mit einer Situation konfrontiert sein werden, die völlig vorhersehbar ist und auf die wir dennoch wieder einmal völlig unvorbereitet sein werden. Es liegen sehr wohl Optionen auf dem Tisch, die uns in dieser Realität der allumfassenden Krise, in der schutzbedürftige Menschen als Schachfiguren in geopolitischen Spielen eingesetzt werden, helfen könnten.

Die Zukunft Europas

Zur Zukunft Europas: Wir müssen ehrgeizig sein. Wir können die Handlungsfähigkeit der Union in so wichtigen Bereichen wie Gesundheit, Energie, Verteidigung und Grundwerte stärken. Das Parlament

ist bereit zu handeln; davon zeugen unsere beiden Entschlüsse. Sie sollten nicht ignoriert werden. Der nächste logische Schritt ist die Einberufung eines Konvents. Ich weiß, dass einige hier zögern, aber auf diese Weise können wir die Diskussion über unser Projekt EU am Laufen halten. Wir müssen bereit sein, unsere Arbeitsweise zu hinterfragen und zu sehen, wo wir besser werden können.

Das Europäische Parlament ist bereit, sich unseren Herausforderungen zu stellen. Und es ist bereit, dies gemeinsam mit den Organen und den Mitgliedstaaten zu tun.